

# Die schwierige Umsetzung eines Entwicklungsfaktors in Politik

Wissenschaft und Technologie in der Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade

KLAUS-HEINRICH STANDKE

## I

Die Verwirklichung eines Konzepts zur Durchsetzung einer globalen Entwicklungsstrategie, die allen Staaten der Erde nutzen soll, setzt das Vorhandensein eines globalen Verantwortungs- bzw. Bewußtseins aller für alle voraus. Dies ist keinesfalls selbstverständlich. Es ist eines der großen Verdienste des Systems der Vereinten Nationen, seit nunmehr nahezu vier Jahrzehnten unablässig für die noble humanitäre Idee einer weltweiten Solidarität zu werben und den institutionellen Rahmen bereitzustellen, innerhalb dessen Entwicklungskonzepte, die alle Länder und alle Menschen betreffen, erarbeitet werden können.

Trotz der nicht ermutigenden Erfahrungen mit den beiden vorausgegangenen Proklamationen der Entwicklungsdekaden für die sechziger und siebziger Jahre hat die Generalversammlung am 5. Dezember 1980 erneut eine UN-Entwicklungsdekade für die Jahre 1981 bis 1990 verkündet<sup>1</sup>. War das Programm für die erste Dekade noch weitgehend von simplen quantitativen Zielen gekennzeichnet, so reflektierte die differenziertere Internationale Entwicklungsstrategie für das Zweite Entwicklungsjahrzehnt schon eher die Zweifel an dem Sinn eines im wesentlichen auf die möglichst rasche Wiederholung des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses der Industrieländer orientierten Entwicklungsmodells. Zwar enthielt sie selbstverständlich ebenfalls globale integrierte Wachstumsziele für die Gruppe der Entwicklungsländer, aber auch schon eigene Komponenten für den Landwirtschafts- und Industriesektor. Völlig neu indessen — wenn auch noch wenig artikuliert — war die Einbeziehung von Wissenschaft und Technologie als Element der Strategie für die siebziger Jahre<sup>2</sup>.

In der von der Generalversammlung beschlossenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen nehmen die Themengruppen Wissenschaft und Technologie sowie Energie einen relativ breiten Raum ein. Von den insgesamt 180 Ziffern des Strategietextes befassen sich neun (117—125) mit Wissenschaft und Technologie. Die Unsicherheit über eine politisch allseits annehmbare Rolle der Energie in einem weltweiten wirtschaftlichen Entwicklungskonzept wird aus der starken Klausulierung der beiden einzigen diesem zentralen Thema gewidmeten Ziffern (126, 127) deutlich.

## II

Selbst in den Industrieländern, die schließlich ihre Industrialisierung der systematischen Anwendung der Ergebnisse von wissenschaftlich-technischer Forschung verdanken, ist Wissenschaft und Technologie erst spät als eigenständiger volkswirtschaftlicher Entwicklungsfaktor anerkannt worden. Noch Mitte der sechziger Jahre verfügten die meisten Mitglieder der OECD — der Organisation der marktwirtschaftlich verfaßten Industrieländer — nicht über ein selbständiges Forschungs- und Technologie-Ministerium. Wie noch heute in der Mehrzahl der Entwicklungsländer wurde dieses Ressort vom jeweiligen Bildungsministerium mitbetreut.

In der Rückschau ist es daher um so erstaunlicher, daß bereits im selben Jahr 1963, in dem die OECD in Paris ihre erste Ministerkonferenz abhielt für diejenigen in ihren Mitgliedsländern, die auf Kabinetts-ebene für Wissenschaft und Technologie verantwortlich zeichneten, die Vereinten Nationen in Genf ebenfalls erstmals unter dem Entwicklungsländeraspekt eine Weltkonferenz diesem Thema widmeten<sup>3</sup>. Die Genfer Konferenz kann als Ausgangspunkt angesehen werden für die systemati-

sche Behandlung von wissenschaftlichen und technologischen Fragestellungen in den verschiedenen entwicklungspolitischen Gremien des Systems der Vereinten Nationen<sup>4</sup>. Sie war keine politische Konferenz. Sie war deshalb auch nicht, wie man dies heute nennt, »aktionsorientiert«. Statt dessen hat sie versucht — mit Hilfe von nicht weniger als 1839 Diskussionspapieren, durch die Projektion von rund 250 Filmen und durch die Ausstellung von 6000 Büchern und Zeitschriften —, das weite Spektrum von Wissenschaft und Technologie unter dem besonderen Aspekt ihrer Anwendbarkeit auf die Probleme von Entwicklungsländern faßlich darzustellen. In der von Polemik nicht immer freien, härteren und weitgehend politisch orientierten Nord-Süd-Diskussion der siebziger Jahre wurde die Genfer Konferenz aus dem Jahr 1963 leicht verächtlich als »Supermarkt« der Wissenschaft und der Technologie der Industrieländer apostrophiert, in dem die Entwicklungsländer eingeladen waren, sich nach Belieben als Kunden zu bedienen, ohne aber selbst in den wissenschaftlichen technischen Denkprozeß aktiv einbezogen zu sein. Mit dieser Kritik wird man dieser wichtigen Konferenz sicher nicht gerecht, sie zeigt aber schon symbolisch die Akzentverschiebung in der aktuellen Entwicklungsdiskussion, in der »Wissenschaft und Technologie« lediglich ein Faktor unter mehreren ist.

Im Sinne des Zeitgeistes der sechziger Jahre hat der auf Grund einer Empfehlung der Genfer Konferenz geschaffene Beratungsausschuß für die Anwendung von Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung (ACAST) in jahrelanger Arbeit unter enger Mitwirkung aller Sonderorganisationen des UN-Systems einen »Weltaktionsplan für die Anwendung von Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung«<sup>5</sup> entworfen. Der Beratungsausschuß wurde vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) gebeten, die wichtigsten Elemente des Weltaktionsplans rechtzeitig für die Vorbereitung der Zweiten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen auszuarbeiten<sup>6</sup>. Der auch heute, zehn Jahre nach seiner Veröffentlichung, noch lesenswerte Weltaktionsplan hatte zwei wesentliche Orientierungen: zum ersten den Vorschlag zu einem konzertierten internationalen Vorgehen gegenüber einer Reihe als vorrangig identifizierter Problemgruppen — Schaffung einer nationalen Wissenschafts- und Technologiepolitik sowie Bildung der zu ihrer Anwendung erforderlichen Institutionen, Ausbildung von Wissenschaftlern und Ingenieuren, Rohstoffe einschließlich Energie, Ernährung und Landwirtschaft, Industrie, Transport und Kommunikation, Habitat, Gesundheit, Bevölkerung, Anwendung neuer Technologien —, zum zweiten die Modalitäten zur Finanzierung des Weltaktionsplans innerhalb der Zweiten Entwicklungsdekade.

Zu seiner Zeit konnte der Weltaktionsplan zweifellos als großer Wurf gelten. Erstmals war es gelungen, die großen Entwicklungsprobleme unter ihrem wissenschaftlich-technischen Aspekt darzustellen; erstmals auch war erreicht worden, daß alle Sonderorganisationen des UN-Systems sich auf ein gemeinsames Konzept bei der Identifizierung dieser Probleme einigten. Trotz dieser unbestreitbaren Vorzüge haftete dem Weltaktionsplan ein großer Makel an, von dem er sich nie freimachen konnte. Er war nicht von den Regierungen ausgehandelt worden, sondern er war das Produkt von Expertenmeinungen und von Erfahrungen innerhalb der Sonderorganisationen. Der ACAST-Weltaktionsplan wurde daher niemals von ECOSOC oder Generalversammlung formell gebilligt. Statt dessen wurden die ACAST-Empfehlungen zur Behandlung durch einen im Jahre 1972 erstmals geschaffenen Regierungsvertreterauschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung

(CSTD) weitergeleitet, der ganz bewußt als politisches Pendant zum wissenschaftlichen Beratungsausschuß gedacht war. Auch der neue Ausschuß hat sich indessen niemals im einzelnen mit den Empfehlungen des Weltaktionsplans befaßt. Im Hinblick auf das wachsende Bewußtsein hinsichtlich der Rolle von Wissenschaft und Technologie im Entwicklungsprozeß der Welt kam der CSTD zum Ergebnis, daß nicht ein Expertenbericht, sondern nur ein Konsens auf Regierungsebene mit Hilfe einer sorgfältig vorbereiteten politischen Weltkonferenz dem Thema gerecht werden könne. Diese Konferenz fand schließlich im August 1979 in Wien statt. Es wäre jedoch verfehlt, den Eindruck entstehen zu lassen, der ACAST-Weltaktionsplan wäre eine völlig sinnlose Arbeit gewesen, weil er letztlich nicht von einem Regierungsvertreterorgan verabschiedet worden ist. Es sollte nicht verkannt werden, daß der Weltaktionsplan als solcher in hoher Auflage in zahlreichen Übersetzungen eine weite Verbreitung gefunden hat und in regionale Pläne für Afrika, Asien und Lateinamerika umgearbeitet wurde. Weit wichtiger ist jedoch seine Wirkung auf das Abfassen von Aktionsplänen der Serie von Sonderkonferenzen, die das System der Vereinten Nationen in den siebziger Jahren praktisch jeder der von ACAST als vorrangig für konzentrierte Weltaktionen dargestellten Problemgruppen gewidmet hat: Umwelt (Stockholm) 1972, Bevölkerung (Bukarest) 1974, Ernährung (Rom) 1974, Industrialisierung (Lima, Neu Delhi) 1975 und 1980, Habitat (Vancouver) 1976, Beschäftigung (Genf) 1976 und schließlich Wasser (Mar del Plata) 1977.

Der Komplex Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung spielte darüber hinaus eine wichtige Rolle in der Themenstellung der 6. und 7. UN-Sondergeneralversammlung, bei den Welthandelskonferenzen (UNCTAD) sowie bei der UNDP-Konferenz über die technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern (Buenos Aires 1978). Naturgemäß stand es im Mittelpunkt der großen Regionalkonferenzen der UNESCO: MINESPOL I (Paris) 1970, CASTAFRICA (Dakar) 1974, CASTARAB (Rabat) 1976, MINESPOL II (Belgrad) 1979.

Als letzte der großen Weltkonferenzen dieser Art in den siebziger Jahren und gewissermaßen am Vorabend der Dritten Entwicklungsdekade sollte der Wiener Konferenz über Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung im Sommer 1979 die Rolle zufallen, eine Gesamtschau der von den genannten Sonderkonferenzen behandelten Themen vorzunehmen unter dem Gesichtspunkt, sie durch eine gezielte Anwendung von Wissenschaft und Technologie politischen Lösungen näherzuführen.

### III

Die Wiener Konferenz, für die sich im amtlichen deutschen Sprachgebrauch fälschlicherweise die Bezeichnung ›Weltwissenschafts- und Technologiekonferenz‹ (WWTK) eingebürgert hat, hatte wenig mit dem Inhalt von Wissenschaft oder Technologie zu tun. Sie stand ganz im Zeichen der Schaffung der neuen Weltwirtschaftsordnung, wie sie während der 6. und 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen konzipiert worden war<sup>7</sup>. Dementsprechend standen in Wien nicht inhaltliche Fragen von Wissenschaft und Technologie sozusagen als Lösungspotential der anstehenden Weltprobleme im Vordergrund, sondern es ging im wesentlichen um Verfahrensfragen, um organisatorische Veränderungen und um neue finanzielle Transfermechanismen. Das Konferenzergebnis wurde am 31. August 1979 in Wien unter dem Titel ›Das Wiener Aktionsprogramm für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung‹<sup>8</sup> verabschiedet. Es ist in drei Teile gegliedert:

- I. DER AUSBAU DER WISSENSCHAFTLICHEN UND TECHNOLOGISCHEN KAPAZITÄTEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER
  - A. Auf nationaler Ebene
    1. Umfang und Reichweite der Wissenschafts- und Technologiepolitik
    2. Hauptbestandteile der Wissenschafts- und Technologiepolitik für die Entwicklungsländer
    3. Maßnahmen und Mechanismen zum Ausbau der wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten der Entwicklungsländer

- B. Auf subregionaler, regionaler und interregionaler Ebene
  1. Umfang und Reichweite der Politik wissenschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit
  2. Die Hauptbestandteile der Politik wissenschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit
  3. Maßnahmen und Mechanismen zum Ausbau der wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten der Entwicklungsländer auf subregionaler, regionaler und interregionaler Ebene
- C. Auf internationaler Ebene
  1. Die Rolle der entwickelten Länder im Prozeß des Ausbaus der wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten der Entwicklungsländer
  2. Die Rolle der internationalen Organisationen
- II. DIE NEUORDNUNG DER BESTEHENDEN FORMEN DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN IM WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEBEREICH
  - A. Der Erwerb und Transfer von Technologie
  - B. Die Neustrukturierung der internationalen Informationssysteme im Wissenschafts- und Technologiebereich im Sinne der Bedürfnisse der Entwicklungsländer
  - C. Die Förderung der internationalen wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung
  - D. Institutionelle Maßnahmen zur Durchführung der Strukturveränderung, die in der internationalen wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit zu bewirken ist
- III. DIE STÄRKUNG DER ROLLE DER VEREINTEN NATIONEN IM WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEBEREICH UND DIE BEWEITSTELLUNG VERMEHRTER FINANZIELLER MITTEL
 

Einleitung zu Abschnitt III

  - A. Die Formulierung der Politik und Richtlinien
  - B. Technologietransfer und -bewertung
  - C. Wissenschaftliche und technologische Informationssysteme
  - D. Die Aus- und Fortbildung von Fachkräften
  - E. Institutionelle Maßnahmen und Strukturveränderungen
  - F. Weltweite finanzielle Maßnahmen
    1. Ziele
    2. Die Mittel des Finanzierungssystems
    3. Weitere finanzielle Mittel
    4. Die Bereitstellung von Mitteln für die Interims- und langfristigen Maßnahmen

Organisatorisch hatte die Wiener Konferenz eine Reihe von Veränderungen zur Folge. Das nach der Genfer Konferenz im Jahre 1963 geschaffene Amt der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie (Office for Science and Technology), das unter Leitung eines Direktors aus einem westlichen Industrieland unmittelbar dem — traditionsgemäß französischen — Untergeneralsekretär für internationale wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten unterstellt war, und als zentrales Sekretariat aller in den Vereinten Nationen mit Wissenschaft und Technologie befaßten Ausschüsse diente, wurde aufgelöst. An seine Stelle trat ein neugeschaffenes Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (Center for Science and Technology for Development), das geleitet wird von einem Beigeordneten Generalsekretär, der aus einem Entwicklungsland kommt und unmittelbar dem ebenfalls aus einem Entwicklungsland kommenden Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit untersteht.

Die beiden ebenfalls als Ergebnis der Genfer Konferenz geschaffenen Ausschüsse für wissenschaftliche Beratung (Advisory Committee on the Application of Science and Technology to Development, ACAST), dem zuletzt 28 Personen angehörten, und für Koordination zwischen den einzelnen Mitgliedern des UN-Systems (Administrative Co-ordination Sub-Committee for Science and Technology) wurden aufgelöst<sup>9</sup>. An ihre Stelle traten das ›Advisory Committee on Science and Technology for Development‹, dem ebenfalls 28 Mitglieder angehören<sup>10</sup>, sowie die ›Administrative Co-ordination Committee Task Force for Science and Technology for Development‹. Schließlich wurde der schon genannte Regierungsvertreterausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (CSTD), ein Unterausschuß des ECOSOC, dem 54 Mitgliedsländer angehörten, abgelöst durch den neugebildeten zwischenstaatlichen Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Ent-

wicklung (IGCSTD), der allen interessierten Regierungen offensteht und unmittelbar an die Generalversammlung berichtet. Die Sekretariatsarbeiten dieser drei Ausschüsse werden wie ehemals vom Amt für Wissenschaft und Technologie nunmehr vom Zentrum für Wissenschaft und Technologie wahrgenommen. Die organisatorische Struktur in Fragen von Wissenschaft und Technologie innerhalb der Vereinten Nationen hat sich demnach im wesentlichen nicht verändert. Neu indessen ist als Ergebnis der Wiener Konferenz die Schaffung eines vom UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) weitgehend unabhängigen Finanzierungsinstrumentes für Wissenschafts- und Technologieprojekte. Für eine Übergangszeit von zwei Jahren, die 1981 ausläuft, sollte aus freiwilligen Leistungen der Geberländer eine Summe von 250 Mill US-Dollar aufgebracht werden. Nach den Vorstellungen der Entwicklungsländer soll dieser Betrag innerhalb der Dritten Entwicklungsdekade auf 500 Mill Dollar jährlich erhöht werden. Daß dieses Ziel zu erreichen ist, erscheint im Licht der bisherigen Erfahrungen als fraglich. Der Interimsfond für die Jahre 1980 und 1981 hat statt der angestrebten 125 Mill Dollar pro Jahr bisher lediglich Zahlungszusagen von rund 40 Mill erhalten.

#### IV

Der Zwischenstaatliche Ausschuß (IGCSTD) ist von der Generalversammlung beauftragt worden, das Wiener Aktionsprogramm, das integraler Bestandteil der Internationalen Entwicklungsstrategie für die achtziger Jahre geworden ist, in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Ausschuß das aus 118 Ziffern bestehende Wiener Aktionsprogramm in einen aus acht Programmgebieten bestehenden sogenannten operativen Plan<sup>11</sup> umgeformt:

1. Wissenschaftliche und technologische Entwicklungspolitiken;
2. Schaffung und Stärkung einer wissenschaftlichen und technischen Infrastruktur;
3. Auswahl, Erwerb und Transfer von Technologien;
4. Entwicklung menschlicher Ressourcen für Wissenschaft und Technologie;
5. Finanzierung von Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung;
6. Wissenschaftliche und technologische Information;
7. Verstärkte Forschung und Entwicklung in und für Entwicklungsländer und ihre Verbindung mit dem Produktionssektor;
8. Verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Wissenschaft und

Technologie zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern.

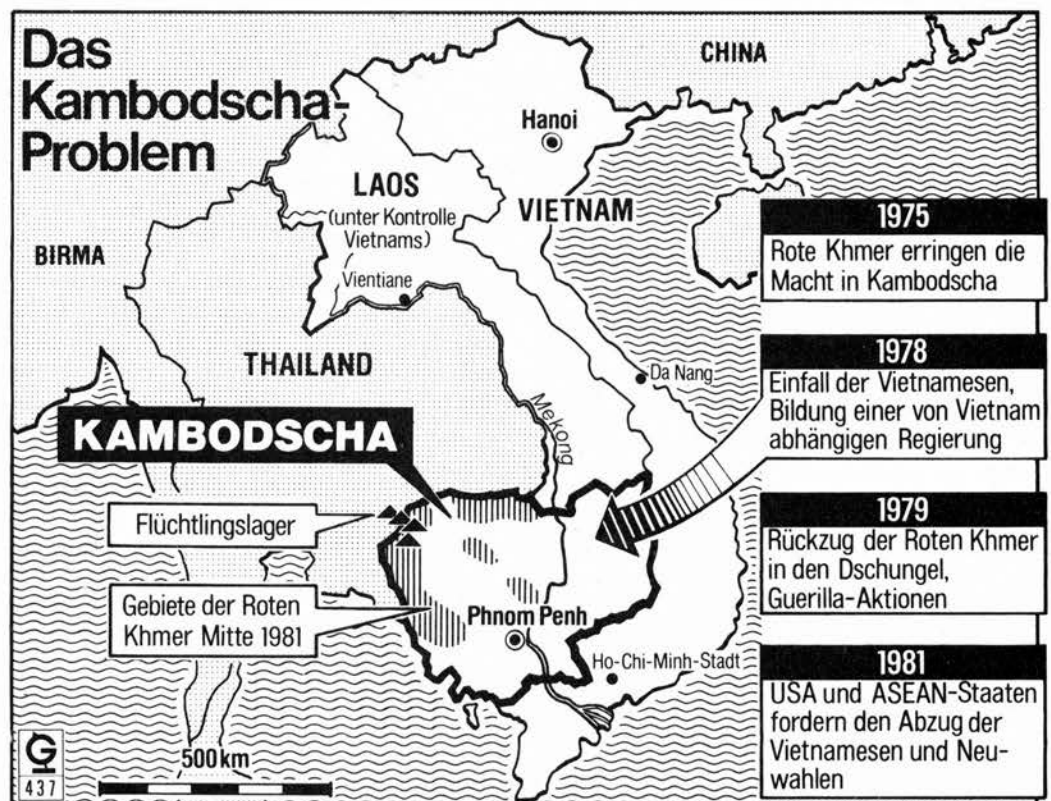
Der Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit ist gehalten, alle zwei Jahre dem Regierungsvertreterausschuß einen Bericht vorzulegen, aus dem die Fortschritte in der Umsetzung des Wiener Aktionsprogramms zu erkennen sind. An dieser Implementierung sollen nicht nur alle Mitgliedsorganisationen des UN-Systems durch entsprechende Neuformulierung ihrer eigenen autonomen Programme mitwirken, sondern es wird ausdrücklich erwartet, daß die nationalen Regierungen das Wiener Programm in ihren nationalen Plänen sowie in ihrer bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit berücksichtigen. Man hofft ebenfalls, daß die Regierungsorganisationen, die nicht zum UN-System gehören, und die auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technologie besonders wichtigen Nicht-Regierungsorganisationen konkrete Beiträge zur Durchführung des Aktionsprogramms leisten.

Die Schwierigkeiten bei der Bewältigung dieser riesigen Aufgabe sind erheblich. Sowohl das Wiener Aktionsprogramm wie auch der aus ihm abgeleitete operative Plan sind in sehr allgemeiner Sprache formuliert. Es ist daher zwar für die einzelnen Sonderorganisationen des UN-Systems relativ einfach, ihre eigenen laufenden Programme, die sie auf Grund ihrer autonomen Mandate ausführen, in die Programmgebiete des operativen Plans umzuschreiben. Dieses alleine würde jedoch allenfalls eine größere Programtransparenz, nicht aber notwendigerweise die erhofften neuen Aktivitäten bewirken. Diese können allein durch eine Zufuhr neuer finanzieller Mittel oder aber durch die Umorientierung bestehender Programme auf die Ziele des Wiener Aktionsprogramms erreicht werden.

Zur längerfristigen Bereitstellung selbst relativ bescheidener neuer finanzieller Mittel haben sich die in Frage kommenden Geberländer einschließlich der OPEC-Staaten bisher nicht bereiterklärt.

Die Neuorientierung bestehender Programme oder das Ablösen bestimmter laufender Aktivitäten zugunsten des Wiener Aktionsprogramms erweist sich selbst bei denjenigen Ländern als schwierig, die dazu prinzipiell bereit wären, weil der operative Plan wenig Raum für konkrete Projekte bietet. Eine ganz allgemeine Schwierigkeit ist hierbei, daß das Thema Wissenschaft und Technologie als solches zu abstrakt ist, es sei denn, es würde

Den Sitz Kamputscheas, des früheren Kambodscha, in den Vereinten Nationen nimmt vorerst weiterhin das »Demokratische Kamputschea« ein. Die westlichen und blockfreien Staaten, die die Regierung der »Volksrepublik Kamputschea« in Phnom Penh nicht anerkennen, wollen diese Haltung aber nicht als Billigung des Systems der Roten Khmer verstanden wissen, sondern als Protest gegen die fortdauernde Anwesenheit vietnamesischer Truppen in dem südostasiatischen Land. Die Ereignisse um den Sturz des blutbefleckten Pol-Pot-Regimes an der Jahreswende 1978/79 wurden im Januar 1979 im Sicherheitsrat kontrovers diskutiert (siehe VN 1/1979 S. 27 f.); Norodom Sihanouk vertrat damals das Regime, das ihn zuvor gefangen gehalten hatte. Im November 1979 forderte die UN-Generalversammlung den »sofortigen Abzug aller ausländischen Kräfte« aus dem Land, im Oktober 1980 berief sie eine Kamputschea-Konferenz ein, die im Juli 1981 in New York stattfand — freilich ohne Vietnam und ohne die neue Regierung in Phnom Penh.



in konkrete Einzelgebiete wie Energie, Gesundheit, Ernährung, Transport, Infrastruktur etc. aufgelöst. Die verschiedenen Rahmenveranstaltungen zur Vorbereitung der Wiener Konferenz unter der Schirmherrschaft von ACAST haben auf diesen wesentlichen Umstand immer wieder warnend hingewiesen<sup>12</sup>. Nachdem die Wiener Konferenz, wie schon ausgeführt, nicht eine Veranstaltung war, auf der die Inhalte von Wissenschaft und Technologie als Problemlösungspotential innerhalb einer weltweiten Entwicklungsstrategie zur Diskussion standen, sondern vielmehr die diplomatisch negoziierbaren Modalitäten zum Zutritt zu Wissenschaft und Technologie, sollte das vorliegende Konferenzergebnis nicht überraschen. Jedenfalls wäre es verfrüht, über die Nachhaltigkeit der Rolle des Wiener Aktionsprogramms innerhalb der internationalen Entwicklungsstrategie für das kommende Jahrzehnt ein endgültiges Urteil zu sprechen. Wie in jeder anderen Frage, die die multilaterale Zusammenarbeit betrifft, ist letztlich für den Erfolg entscheidend das Ausmaß der Kooperationsbereitschaft der Regierungen und die Findigkeit der beteiligten Sekretariate, originelle Lösungen entscheidungsreif vorzubereiten.

## V

Beschloß die Wiener Konferenz über Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung den Reigen der großen UN-Konferenzen der siebziger Jahre, so war die Konferenz der Vereinten Nationen über neue und erneuerbare Energiequellen, die vom 10. bis 21. August 1981 in Nairobi stattfand, die erste dieser Art von Veranstaltungen innerhalb der Dritten Entwicklungsdekade. Trotz ihrer engen thematischen Berührung und trotz mancher Ähnlichkeit in der Art ihrer organisatorischen Vorbereitung sind Stil wie Ergebnis beider Konferenzen kaum vergleichbar.

Hatte die Wiener Konferenz das »Handicap«, ein im Grunde wenig faßliches Thema zum Inhalt zu haben, so war es die besondere Schwierigkeit der Konferenz in Nairobi, zwar das hochaktuelle Gebiet der Energie weltweit zu behandeln, aber mit der politisch bedingten Einengung des Konferenzthemas, allenfalls für 15 Prozent des derzeitigen Energieverbrauchs relevant zu sein. Die konventionellen, nicht erneuerbaren Energiequellen Erdöl, Erdgas und Kohle wurden nicht einbezogen. Die verschiedenen Anwendungen der Kernenergie wurden wegen ihrer technischen Komplexität, aber auch aus naheliegenden politischen Gründen in diesem Zusammenhang nicht behandelt. In Nairobi wurden acht neue bzw. erneuerbare Energiequellen unter technischen und wirtschaftlichen Aspekten wie auf ihre politische Relevanz im Nord-Süd-Dialog beleuchtet: Sonnenenergie, Wasserenergie, Biomasse, Brennholz und Holzkohle, Ölschiefer und Teersande, Meeresenergie, Torf, tierische Arbeitskraft<sup>13</sup>.

Die Konferenz hatte sich fünf Ziele gesetzt:

- > Verständnis zu wecken für die besondere Rolle von neuen und erneuerbaren Energiequellen in der absehbaren Energie-Umstellung, die die Menschheit künftig zu bewältigen haben wird;
- > auf nationaler Ebene die Schaffung von Institutionen anzuregen zur wirksamen Umsetzung der auf der Konferenz entwickelten Konzepte;
- > Verabschiedung eines Programms zu internationaler Zusammenarbeit für die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen;
- > Anregung für die nationale Verwendung und den internationalen Transfer von Ressourcen, die die Anwendung neuer und erneuerbarer Energien fördern;
- > Mobilisierung und Intensivierung von Programmen des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet neuer und erneuerbarer Energien.

Wie bei allen UN-Konferenzen dieser Art gipfelte das Konferenzergebnis in der Verabschiedung eines Aktionsprogramms, das

den Rahmen absteckte für die Erreichung der obengenannten fünf Konferenzziele<sup>14</sup>.

Anders als bei der Wiener Konferenz war jedoch in Nairobi kein Konsens zu erzielen gewesen über die Schaffung eines neuen Fonds, aus dem die vorgeschlagenen Aktivitäten finanziert werden sollen. Anders als in Wien ist auch die Frage des künftigen politischen Forums, auf dem das Konferenzthema weiterbehandelt werden soll, offengeblieben. Eine Gruppierung war der Auffassung, der bestehende UN-Ausschuß für natürliche Ressourcen, ein Unterausschuß des ECOSOC, sollte (möglicherweise in erweiterter Form, d. h. offen für die Mitarbeit sämtlicher interessierter Staaten) für die Folgearbeiten verantwortlich sein. Andere wünschten die Schaffung eines neuen Energieausschusses, in dem sämtliche Energiefragen, nicht nur die der neuen und erneuerbaren Energien, inhaltlich behandelt werden sollen. Diese bis zuletzt umstrittene Frage wurde ebenso wie die Frage nach der optimalen Sekretariatsorganisation zur erneuten Behandlung an den Vorbereitungsausschuß der Nairobi-Konferenz verwiesen, der — ein Unikum in der UN-Geschichte — ein Jahr nach Abschluß der eigentlichen Konferenz eigens noch einmal zusammentreten soll<sup>15</sup>.

## VI

In keinem Jahrzehnt zuvor wurde die Öffentlichkeit mehr mit globalen Zukunftsvisionen, mit Weltentwicklungsmodellen und mit Vorschlägen zu weltweiten Entwicklungsstrategien konfrontiert als während der Zweiten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, d. h. in den siebziger Jahren<sup>16</sup>. Am meisten zur politischen Bewußtseinsbildung über das Ausmaß der Nord-Süd-Problematik hat vermutlich in jüngster Zeit der Bericht der Brandt-Kommission beigetragen<sup>17</sup>. Die Formulierung der Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade konnte daher — anders als bei beiden Vorläufern — von einer Fülle intellektueller Entwicklungskonzepte bereichert werden. Daß das Projekt der neuen Entwicklungsstrategie von der Generalversammlung im Dezember 1980 von allen anwesenden Delegationen ohne förmliche Abstimmung angenommen worden ist, ist zwar Demonstration eines mehr und mehr aufkommenden Gefühls einer Weltsolidarität; indessen, wie der Vorsitzende des mit der Ausarbeitung des Strategieentwurfes beauftragten UN-Ausschusses, der Inder Muchkund Dubey, feststellte, kommt es nun darauf an, die erreichte Bewußtseinsklärung in Politik zu übersetzen.

Was innerhalb eines nationalen Planungskonzepts sich schon als schwierig erweist, nämlich der Umstand, daß die Umsetzung wissenschaftlicher und technologischer Ergebnisse in wirtschaftlich relevante Aktionen in der Regel länger dauert als die gesamte Laufzeit der jeweiligen Planungsperiode, gilt für ein weltweites Strategiekonzept mit seinem notwendigerweise noch höheren Abstraktionsgrad in noch größerem Maße. Es ist vielleicht dieser Umstand, der erklärt, warum die meisten Weltmodelle zwar dem Faktor Wissenschaft und Technologie eine Hebelwirkung für die angestrebte Veränderung des Ist-Zustandes zuerkennen, aber letztlich mit ihm wenig Konkretes anzufangen wissen.

Um die wichtige Rolle von Wissenschaft und Technologie innerhalb der neuen Dekade zu ermessen, wäre es deshalb verfehlt, allein den diesem Thema gewidmeten Abschnitt innerhalb des Maßnahmenkatalogs der internationalen Entwicklungsstrategie ins Auge zu fassen. Die übrigen Sektoren — ob es sich nun um Industrialisierung, Ernährung und Landwirtschaft, technische Zusammenarbeit, Energie, Verkehrswesen oder wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern handelt, um nur einige Abschnitte herauszugreifen — enthalten ausnahmslos starke wissenschaftlich-technologische Komponenten, ohne daß dies in der Regel ins Bewußtsein tritt. Erst eine Gesamtschau all dieser Faktoren läßt die bedeutende Querschnittsaufgabe von Wissenschaft und Technologie innerhalb der Entwicklungsstrategie in ihrer rechten Größenordnung erkennen.

## Anmerkungen

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

- 1 UN-Doc.A/Res/35/56, deutsch in VN 2/1981 S.64ff. — Vgl. auch H. Zwiefelhofer, Die internationale Gemeinschaft am Beginn der Dritten Entwicklungsdzade, VN 2/1981 S.41ff.
- 2 UN-Publ. E.70.I.23 (Science and Technology for Development. Proposals for the Second United Nations Development Decade). Siehe ebenfalls UN-Publ. E.70.II.A.2 mit den Vorschlägen des Ausschusses für Entwicklungsplanung zum gleichen Thema (Towards Accelerated Development. Proposals for the Second United Nations Development Decade).
- 3 United Nations Conference on the Application of Science and Technology for the Benefit of the Less Developed Areas (4.—20.2.1963).
- 4 Vgl. K.-H. Standke, Wissenschaft und Technologie im System der Vereinten Nationen, VN 1/1976 S.8ff.
- 5 UN-Publ. E.71.II.A.18/Rev. (World Plan of Action for the Application of Science and Technology to Development).
- 6 UN-Publ. E.70.I.23 (Anm.2). Vgl. K.-H. Standke, The Prospects and Retrospects of the United Nations Conference on Science and Technology for Development, in: Technology and Society, Vol. I, S.353ff. (1979).
- 7 Vgl. V. Rittberger, Zur Möglichkeit der Verwirklichung einer neuen Internationalen Ordnung für Wissenschaft und Technologie durch die Vereinten Nationen, in: Internationale Entwicklung, 1979/III, S.29f.
- 8 UN-Publ. E.79.I.21 mit Korrigenden (Report of the United Nations Conference on Science and Technology for Development), Kap. VII. Deutsch bei K.W. Menck/W. Gmelin, Wissenschaft und Technologie für Entwicklung, Baden-Baden (Nomos) 1980, S.218f.
- 9 Eine detaillierte Darstellung der Arbeiten des ACAST während der Jahre 1963 bis 1979 bietet: United Nations. Office for Science and Technology,

Science, Technology and Global Problems. The United Nations Advisory Committee on the Application of Science and Technology for Development, New York/Oxford (Pergamon Press) 1979.

- 10 Seitens der Bundesrepublik Deutschland gehörte dem ACAST von 1975 bis 1979 Professor Dr. Alfred Boettcher (Jülich) als Mitglied an. Mitglied des neuen Beirats (Zusammensetzung s. VN 4/1981 S.140) seit seiner Gründung im Jahre 1980 ist Professor Dr. Rudolf Wittenzellner (München).
- 11 UN-Doc. A/CN.11/L.26 v. 4.6.1981 (Operational Plan for the Implementation of the Vienna Programme of Action on Science and Technology for Development).
- 12 M. Goldsmith/A. King (Hrsg.), Issues of Development: Towards a New Role for Science and Technology; J. Gvishiani (Hrsg.), Trends and Perspectives in Development of Science and Technology and their Impact on the Solution to Contemporary Global Problems; S. Radhakrishnan (Hrsg.), Views from the Developing World; K.-H. Standke/M. Anandakrishnan (Hrsg.), Science, Technology and Society. Needs, Challenges and Limitations; V. Urquidí (Hrsg.), Science and Technology in Development Planning. Alle erschienen New York/Oxford (Pergamon Press) 1980.
- 13 Vgl. UNESCO-Kurier, Nr.7/1981, insb. S.17ff.
- 14 UN-Doc. A/CONF.100/PC/L.36 (Entwurf).
- 15 Eine Analyse der Ergebnisse der Nairobi-Konferenz aus journalistischer Sicht findet sich beispielsweise in der Financial Times vom 26.8.1981 (Energy Review: Alternative Sources. Third World given few Crumbs of Financial Comfort). — Siehe auch den Kurzbeitrag S.169f. dieser Ausgabe.
- 16 Vgl. K.W. Menck, A. Naimi, A. Nottelmann, Elemente einer internationalen Strategie für die Dritte Entwicklungsdzade, in: Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg 1980, S.85f.
- 17 Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer (Bericht der Nord-Süd-Kommission), Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1980.

# Der Ost-West-Gegensatz darf nicht auf den Süden übergreifen

Rede des Bundesaußenministers vor der 36. UN-Generalversammlung (23. September 1981)

HANS-DIETRICH GENSCHER

Herr Präsident! Zu Beginn möchte ich Ihnen die Glückwünsche der Bundesregierung zu Ihrer Wahl in dieses hohe Amt überbringen. Wir sehen in Ihnen eine Persönlichkeit, die sich in langjähriger Tätigkeit für die Vereinten Nationen in herausragender Weise bewährt hat, und wir sehen in Ihnen den Vertreter eines der führenden Länder der blockfreien Bewegung, mit dem uns seit langem gute Beziehungen verbinden. Ich möchte zugleich dem Präsidenten der 35. Generalversammlung, Rüdiger von Wechmar, den Dank meines Landes ausdrücken. Er hat sein Amt im Bewußtsein der neuen Realität der weltweiten gegenseitigen Abhängigkeit ausgeübt. Dabei konnte er auf die volle Zustimmung und Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland zählen. Ihnen, Herr Generalsekretär, danke ich für die vertrauensvolle Arbeit, die Sie auch im abgelaufenen Jahr für unsere Weltorganisation geleistet haben. Als neues Mitglied der Vereinten Nationen möchte ich Vanuatu herzlich willkommen heißen.

Herr Präsident, seit nunmehr einem Jahrzehnt ist die Weltwirtschaft in einer Umstellungskrise: Inflation, Rezession, Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten und vor allem: Stillstand, ja Rückgang der Pro-Kopf-Einkommen in vielen Entwicklungsländern. Die Not der Armen in der Dritten Welt nimmt zu. Gleichzeitig wächst die Weltbevölkerung rapide weiter. Von 4,5 Milliarden steigt sie in den nächsten 20 Jahren auf etwa 6,5 Milliarden. Für 2 Milliarden Menschen — das entspricht der Bevölkerung von 2 000 völlig neuen Millionenstädten — müssen also Nahrung, Kleidung und Wohnung, Schulen und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Menschheit steht als Ganzes vor großen globalen Herausforderungen. Und doch — dies ist das Bestürzende —, nicht diese Probleme stehen im Mittelpunkt der Weltpolitik und des Weltinteresses. Die Schlagzeilen der Weltpresse künden vielmehr von Rüstungswettlauf und Spannungen zwischen den Staaten, von Krieg, Bürgerkrieg, Intervention.

In einer Zeit, in der durch globale Interdependenz globale Zusammenarbeit zu einer Frage des Überlebens geworden ist, läuft die Menschheit Gefahr, erneut ihre Kräfte gegeneinander zu kehren! Jetzt, da wir unsere materiellen wie geistigen Ressourcen auf die Bewältigung der Strukturkrise der Weltwirtschaft, auf die Entwicklung der Dritten Welt, auf die Aufrechterhaltung der Lebensbedingungen auf unserem Planeten konzentrieren müßten, werden 500 Milliarden Dollar für Rüstung vergeudet! Unsere Kinder und unsere Enkel werden uns aber allein danach beurteilen, ob es uns gelungen ist, die Weichen auf Frieden, auf Entwicklung, auf Überleben zu stellen, oder ob wir abgleiten in Konfrontation, Wettrüsten und schließlich in die Katastrophe.

## I.

Wir können den Weltfrieden nur bewahren und die großen Herausforderungen für die Menschheit nur meistern, wenn alle Staaten nach den Grundsätzen handeln, die den Bestimmungen und dem Geist der Charta der Vereinten Nationen entsprechen. Das erfordert:

1. Gewaltverzicht, das heißt Verzicht auf die Anwendung und auf die Androhung von Gewalt. Alle Konflikte müssen friedlich gelöst werden.
2. Kein Streben nach Vorherrschaft; keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Respektierung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker.
3. Verantwortliches Handeln im Bewußtsein der globalen gegenseitigen Abhängigkeit; Mäßigung und Zurückhaltung bei der Durchsetzung eigener Interessen.
4. Bereitschaft zum Dialog, zur Verhandlung und zur Zusammenarbeit.
5. Kein Streben nach Übergewicht, Wille zum Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau der Rüstungen; aktive Friedenssicherung durch Zusammenarbeit in Fragen der internationalen Sicherheit und insbesondere der Rüstungskontrolle und Abrüstung.
6. Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes als Politik weltweiter Partnerschaft und Friedenssicherung.

Für die Lösung der globalen Probleme kommt der Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses eine überragende Bedeutung zu. Zu Beginn der siebziger Jahre hofften wir alle, daß es gelänge, die Gegensätze zwischen Ost und West zunehmend zu vermindern und die Zusammenarbeit auszuweiten. Die erste Hälfte des Jahrzehnts brachte in der Tat große Fortschritte in den Ost-West-Beziehungen. Jetzt jedoch hat sich der Ost-West-Gegensatz erneut verschärft; er droht, den Nord-Süd-Dialog wieder an den Rand zu drängen, ja, der Ost-West-Gegensatz droht auf den Süden übergreifen. Das darf nicht geschehen! Ost und West müssen alles tun, um wieder Kurs zu gewinnen auf Stabilisierung ihres Verhältnisses und auf Zusammenarbeit. Ost und West dürfen auf gar keinen Fall ihren Gegensatz auf die Dritte Welt übertragen. Die Länder des Südens haben Probleme genug, sie dürfen nicht noch zum Austragungsort des Ost-West-Gegensatzes gemacht werden.

## II.

Herr Präsident, Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung mit dem Ziel des Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau sind dringender denn je. Es darf nicht zu einem neuen Rüstungswettlauf kommen. In den siebziger Jahren hat die UdSSR in allen Rüstungsbereichen außerordentliche Anstrengungen unternommen. Ihnen standen auf westlicher Seite keine vergleichbaren Anstrengungen gegenüber, im Gegenteil. Mit großer Sorge mußte der Westen beobachten, wie die Sowjetunion nicht nur ihre Überlegenheit bei den konventionellen Streitkräften weiter steigerte, sondern gleichzeitig ihre nuklearen Mittelstreckenwaffen vermehrte und ihnen besonders mit der SS-20-Rakete eine neue Qualität gab. Unsere Sorgen darüber können nur von uns genommen werden, wenn die schon laufenden und die geplanten Verhandlungen zwischen Ost und West zum Erfolg geführt werden. Die Bundesregie-